



**Gerold Otten**

Mitglied des Deutschen Bundestages

Stiftung Münchener Sicherheitskonferenz  
z. Hd. Herrn Botschafter Christoph Heusgen  
Karolinenplatz 3  
80333 München

Berlin, 23.02.2024

**Gerold Otten, MdB**  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: +49 30 227-78515  
Fax: +49 30 227-70517

Sehr geehrter Herr Botschafter Heusgen,

Sie haben das erneute Ausbleiben einer Einladung an Politiker der AfD wie im letzten Jahr damit begründet, dass Sie „einer rechtsextremistischen Partei (...) nicht den roten Teppich ausrollen wollen“. Sie fühlen sich, wie Sie der Nachrichtenagentur dpa gegenüber geäußert haben, in dieser Haltung durch die „jüngsten Enthüllungen“ bestätigt, womit Sie zweifellos auf eine private Zusammenkunft zwischen Vertretern von Wirtschaft, der AfD, der WerteUnion, der CDU sowie eines rechten Aktivisten in Potsdam reflektieren. Ihr Bannstrahl trifft daher nicht nur die AfD, sondern auch Politiker der WerteUnion sowie des Bündnisses Sahara Wagenknecht (BSW).

Legen die derzeitigen Umfrageergebnisse zugrunde, sind Sie an einer Interessenvertretung von rund 30 % des deutschen Volkes desinteressiert. Sie unterstellen den Wählern und Abgeordneten der AfD einen latenten Faschismus. Indem Sie uns als Anhänger einer gewalttätigen Ideologie denunzieren, delegitimieren Sie unser demokratisches Recht, die Interessen unserer Wähler vertreten zu können und kriminalisieren die AfD. Diese Form absurder Diffamierung ist meiner Ansicht nach ein Ausdruck für eine allenthalben spürbare Entwicklung im Denken politischer Verantwortungsträger, Moral wichtiger als Ontologie zu bewerten, was demokratische Umgangsformen massiv beschädigt. Das möchte ich Ihnen gerne darlegen.

Wie der Staat verpflichtet ist, dass Nebeneinander von unterschiedlichen Ansichten zu gewährleisten und friedlichen Austausch von Interessen zu ermöglichen, wäre die Münchner Sicherheitskonferenz ein Forum zum friedlichen Meinungsaustausch der politischen Interessen von Staaten. Nur im Wettstreit von Meinungen und Argumenten können Unwahrheiten und Propaganda enthüllt werden, nicht aber durch Sprechverbote für unliebsame Interessenvertreter.



Indem jedoch die AfD vom politischen Diskurs ausgeschlossen wird, wird vorsätzlich auf ein friedliches Aushandeln von Interessen politisch gleichberechtigter Bürger über die außen-, sicherheits- und verteidigungspolitische Ausrichtung Deutschlands verzichtet. Das Volk, verstanden als Gemeinschaft politisch gleichberechtigter Bürger eines Staates, wird in diejenigen gespalten, die dazugehören und jene, die außerhalb des Diskurses stehen. Die allorts erkennbaren Spaltungstendenzen sind daher nicht Ergebnis der Existenz oder der Politik der AfD, sondern ihrer konsequenten Ausgrenzung, Diffamierung und Kriminalisierung.

Wenn aber auf ein friedliches Aushandeln verzichtet wird, bedeutet dies nichts weniger, als dass die politischen Verantwortungsträger an einem tragfähigen politischen Gemeinwohl desinteressiert sind. Dann liegt das Gemeinwohl nicht mehr in den Händen politisch gleichberechtigter Bürger, sondern wird von einer Kaste oktroyiert, die die Wirklichkeit nach ihren Vorstellungen definiert und bestimmt, was moralisch richtig ist.

In dieser Hinsicht jedoch handeln die Vertreter dieses Politikstils konsistent, wenn auch missliebige staatliche Repräsentanten nicht zum Meinungs- und Interessenaustausch eingeladen werden. Der Grund hierfür ist einfach: Die sogenannte wertegeleitete Politik erhebt die Moral zu Richtschnur für politisches Handeln. Das ist ein Rückschritt in die Zeiten der Religions-, Glaubens- und Weltanschauungskriege, die der Westen anscheinend überwunden hatte. In diesem politischen Denken geht es in den Beziehungen zwischen den Staaten nicht mehr um die Aushandlung von Interessen, sondern um die Durchsetzung einer moralisch aufgeladenen Wahrheit.

Eine gut gemeinte Geste, wie etwa die Möglichkeit, die der Frau Julia Nawalnaja eingeräumt worden ist, auf der Münchner Sicherheitskonferenz reden zu dürfen, kann dann nicht darüber hinwegtäuschen, dass sie einem politischen Interessenaustausch zuwiderläuft. Denn bei allem Mitleid für den Verlust von Frau Nawalnaja und das Opfer, das ihr Mann erbracht hat, muss sich diese Geste die Kritik gefallen lassen, eine bewusste politische Inszenierung und Instrumentalisierung zu sein, um die Reihen im eigenen Lager zu schließen und Gräben zu vertiefen, anstatt Brücken zu bauen.

Diese ideologischen Gräben werden vorsätzlich vertieft, weil man sich im Besitz der moralisch einzig richtigen Wahrheit wähnt und nicht mehr auf die vermeintlich amoralischen Interessen von Kontrahenten Rücksicht nehmen braucht.





Man kann, man muss sie schlichtweg „canceln“. Das Ergebnis ist eine irreversible Spaltung von Volk und Weltgemeinschaft.

Es ist die Tragik der Postmoderne, dass sie nicht mehr in der Lage zu sein scheint, politische Kontroversen aushalten zu können, sondern dass sie glaubt, das politisch Sagbare auf einen zunehmend begrenzten Meinungskorridor einschränken zu müssen. Was das betrifft, sind viele sog. „liberale Demokraten“ jenen Autokraten in anderen Weltteilen nicht unähnlich. Nur die Methoden, wie die Disziplinierung der Völker erfolgt, sind unterschiedlich.

Die Alternative für Deutschland bildet ein großes Spektrum an Meinungen und Interessen ab, die tief in der modernen deutschen Gesellschaft verwurzelt sind. Unsere politischen Strömungen haben sich auf ein Grundsatzprogramm geeinigt, welches für unsere Mitglieder und Abgeordneten verbindlich ist. Dieses ist weder antidemokratisch noch rassistisch. Es ist weder pro-russisch noch anti-westlich, sondern formuliert unsere Interessen als souveräner Nationalstaat innerhalb der Weltgemeinschaft. Dennoch werden alle Politiker der AfD sowie ihre Wähler und Anhänger in eine herbeifabulierte Sippenhaft genommen, werden ausgegrenzt, diffamiert und kriminalisiert.

Ich fordere Sie daher auf, von einer künftigen Ausgrenzung der AfD von der Münchener Sicherheitskonferenz Abstand zu nehmen und sich zu einem friedlichen Wettstreit von Argumenten zu bekennen.

Mit freundlichem Gruß

A handwritten signature in blue ink, which appears to be 'Gert...' followed by a stylized flourish.